

## **Marche des Parapluies – Weltflüchtlingstag – 20. Juni 2024 – Mainz**

Es ist erst wenige Wochen her, dass wir „75 Jahre Grundgesetz“ gefeiert haben. Die Verbrechen des Nationalsozialismus noch vor Augen, erarbeiteten die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 eine der freiheitlichsten Verfassungen der Welt; ausgestattet mit verfassungsrechtlichen Barrieren, die den Weg in eine neuerliche Diktatur versperren sollten: explizit in diesem Sinne wurden die Grundrechte, Art. 1 – 19, sozusagen als „Herz“ der Verfassung, allen weiteren Bestimmungen des Grundgesetzes vorangestellt.

**Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

**Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“**

So zufrieden/glücklich wir mit unserem Grundgesetz sein können, so deutlich wird jedoch schon beim Verlesen des Art. 1 GG, dass sich eine „Schieflage“ zwischen Verfassungsanspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit eingestellt hat. Und dass die Fundamente unserer offenen und demokratischen Gesellschaft längst nicht mehr so stabil sind, wie es lange Zeit schien.

Kriege, Terror und Gewalt, die zerstörerische Wucht des Klimawandels weltweit und die dadurch ausgelöste Flucht und Vertreibung von Millionen von schutzsuchenden Menschen, verunsichert mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger, lässt sie zweifeln an der Problemlösungskompetenz ihrer Regierung und macht sie empfänglich für scheinbar einfache „Lösungen“ und für rechtspopulistische Parolen. Elementare Freiheits- und Schutzrechte werden zur Disposition gestellt.

**Dieser besorgniserregende Rechtsruck zeigt sich in kaum einem Politikfeld deutlicher als in der Asylpolitik.** Rassismus und Fremdenhass sind tief in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen und lassen sich längst nicht mehr als sogen. Unterschichtphänomen oder als „Ostphänomen“ einhegen. Populistische Debatten, in denen Zugewanderte und Schutzsuchende zu „Sündenböcken“ für alle Missstände gemacht werden, drohen zur Normalität zu werden. Und auch demokratische Parteien scheinen sich veranlasst zu sehen, mit noch mehr **Abschiebung**, noch mehr **Grenz-sicherung**, noch drastischeren **Abschreckungskonzepten** eine Art Überbietungswettbewerb austragen zu müssen, um Handlungsfähigkeit beweisen zu können.

**Dazu können wir nicht schweigen!** Als Aktionsbündnis älterer Menschen mit unterschiedlichsten politischen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Hintergründen und gesellschaftlichem Engagement werden wir „Omas gegen rechts“ überall da laut, **wo es um Menschenwürde, Menschenrechte und Gleichheit aller Menschen geht!**

**Das Recht auf Asyl, das Recht, Sicherheit zu suchen ist ein unveräußerliches Menschenrecht!**

Dafür stehen wir und dafür gehen wir auf die Straße – als Zeichen gegen die demokratiefeindliche und menschenverachtende Politik von Rechtspopulisten, wie der AfD.  
**Aber auch als Signal an die demokratischen Parteien:**

**Es gibt eine Grenze nach rechts, die nicht überschritten werden darf!**

Was wir brauchen, ist eine menschenrechtsgeleitete, konstruktive und versachlichte Debatte um bestmögliche Lösungen für die schutzsuchenden Menschen **und** für die Aufnahmegesellschaften.

Denn eines ist gewiss: wer Schutz sucht vor Verfolgung, Elend und Tod, lässt sich kaum durch mehr Grenzsicherung abschrecken. Mit Blick auf die steigende Zahl der Krisenherde in der Welt werden wir uns auch zukünftig auf hohe Flüchtlingszahlen einstellen müssen. Und Politik und Gesellschaft sollten Flucht und deren Auswirkungen als traurige Normalität begreifen lernen.

Niemand sagt, dass es einfach ist, gute, humane Lösungen zu finden. Erst recht nicht, wenn man die **Bekämpfung der Fluchtursachen** - allen voran die Vernichtung der Existenzgrundlagen durch Kriege und durch die Folgen des Klimawandels - mit einbezieht.

Aber es muss Schluss sein mit absurden, unehrlichen Debatten z.B. über Gesetze für mehr Abschiebungen, die in der Sache meist an den Realitäten vorbeigehen und nur den Rechtspopulisten in die Hände spielen.

Es muss Schluss sein mit der Relativierung, Aushebelung und Missachtung von Menschenrechten durch Konzepte wie dem sogen. „Drittstaatenmodell“, mit dem Asylverfahren komplett in andere Länder ausgelagert werden und Schutzsuchende europäischen Boden erst gar nicht betreten.

Es ist rechtlich, humanitär und moralisch nicht vertretbar, Migrationsabkommen mit autokratischen Regimen abzuschließen, wohlwissend und billigend in Kaufnehmend, dass die Menschenrechte missachtet werden.

Sichere Zufluchtsorte für schutzsuchende Menschen und eine Integrationspolitik, die den Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt und eine weitestgehende Teilhabe am hiesigen gesellschaftlichen Leben ermöglicht, das muss der Weg für eine humane Flüchtlingspolitik sein.

**Und eines darf niemals verhandelbar sein: alle Menschen haben ein Recht, sicher zu sein. Ihre Würde ist unantastbar.**